



BRANCHENVERBAND
CANNABISWIRTSCHAFT E.V.

Cannabis als wachstumstreibender Wirtschaftszweig

Industrielle Chancen und politische Weichenstellungen

ELEMENTE

Materialien zur Cannabiswirtschaft

Band 46

Redaktionelle Anmerkungen:

Diese erste Version des Positionspapiers wurde am 20.01.2025 im Vorstand des BvCW beschlossen.

Impressum:

ELEMENTE - Materialien zur Cannabiswirtschaft
Schriftenreihe des Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.
(BvCW)

Herausgeber: BvCW e.V., Luisenstr. 54, 10117 Berlin

Verantwortlich: Michael Greif

Band: 46 - Cannabis als wachstumstreibender Wirtschaftszweig
- Industrielle Chancen und politische Weichenstellungen -
Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.

Redaktionsschluss: 20.01.2025 - Version 1.0



Die deutsche Cannabiswirtschaft – Vielfalt als Innovationstreiber

Der Cannabisbranche ist seit der Legalisierung von Medizinalcannabis im Jahr 2017 der stetige Wandel zu einer resilienten Industrie gelungen. Allein der Medizinalcannabisbereich prognostiziert für das Jahr 2024 einen Umsatz von etwa 450 Millionen Euro in Deutschland.¹

Während die öffentliche Debatte oft auf den Bereich Konsumcannabis verengt bleibt, sind es vor allem die Segmente Medizinalcannabis und Industriehanf, die sich zu einem wichtigen Industriesektor entwickelt haben. Im Medizinalbereich hat sich in Deutschland eine hochspezialisierte Branche entwickelt, die nicht nur in Forschung und pharmazeutischer Produktion, sondern auch in der Distribution internationale Standards setzt. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten im Bereich des Industriehanfes bei weitem noch nicht ausreichend genutzt. Für die Landwirtschaft eröffnen sich neue Möglichkeiten im Anbau. Industriehanf kann zu einem der nachwachsenden Rohstoffe der Zukunft werden. Nicht nur in der Lebensmittelindustrie, sondern vor allem im Bereich der Baustoffe, Textilien und im Bereich der Verbundstoffe, hat Industriehanf in Deutschland noch vielversprechendes Entwicklungspotenzial.

Drei hochmoderne Produktionsstätten für Medizinalcannabis, verteilt auf Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Sachsen, stehen exemplarisch für den Erfolg dieser Industrie und werden aktuell ausgebaut. Darüber sind zahlreiche weiterverarbeitende Unternehmen, die sich auf Extrakterstellung, Trocknung und Handel spezialisierten, entstanden. Neue Wertschöpfungsketten stärken Deutschland als Standort im globalen Wettbewerb. Wie kaum eine andere Branche zieht die deutsche Cannabisindustrie ausländische Investor*innen und Marktteilnehmer*innen an.

Gerade vor dem Hintergrund internationaler Legalisierungsvorhaben für Medizinal- und teilweise auch Konsumcannabis und einer schwächelnden deutschen Konjunktur ist es entscheidend, diese Entwicklung nicht nur als Teil der Gesundheitspolitik, sondern auch als selbstverständlichen Teil der zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik zu begreifen. Sie zeichnet sich durch hohe Investitionsvolumen, das Entstehen neuer und qualifizierter Arbeitsplätze und die Erschaffung neuer Wertschöpfungsketten aus.

Die Cannabiswirtschaft steht für eine moderne Gesellschaft, die Innovation und Verantwortungsbewusstsein vereint – *Made in Germany.*

Regulieren statt Verbieten: Ein wirtschaftspolitisches Fundament für Wachstum und Sicherheit

Trotz vollständigem Verbot von Cannabis in den vergangenen Jahrzehnten und einer intensiven Strafverfolgung sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite, ist der Cannabiskonsum kontinuierlich angestiegen.² Zurecht weist auch Burkhard Blienert, Drogenbeauftragter der Bundesregierung, darauf hin, dass die bisherige Verbotspolitik gescheitert ist.³ Nicht nur dass Konsument:innen kriminalisiert wurden, vor allem wurde dem illegalen Markt so nicht der Nährboden entzogen. Um den Schwarzmarkt mit all seinen negativen Implikationen zurückzudrängen, sind legale und regulierte Zugangswege zu qualitätsgesicherten Cannabisprodukten notwendig. Dies würde damit nicht nur eine Entlastung von Strafverfolgungsbehörden, mehr Sicherheit für Konsument:innen und besseren Jugendschutz zur Folge haben, sondern auch die Möglichkeit bieten, am wirtschaftlichen Potenzial in Form von Unternehmens- und Umsatzsteuern zu partizipieren.

Die durch das Cannabisgesetz geschaffene Liberalisierung ist hier ein erster Schritt, der vor allem die Strafverfolgungsbehörden entlastet und Konsument:innen aus der Illegalität holt. Auch zeigt die hohe Nachfrage nach Cannabisamen zum Eigenanbau⁴ sowie für Eigenanbauzubehör deutlich das große Interesse in der Bevölkerung an sicheren, kontrollierten und legalen Bezugsquellen für Cannabis.

¹ <https://de.statista.com/outlook/hmo/cannabis/medizinisches-cannabis/deutschland#umsatz>

² <https://www.esa-survey.de/ergebnisse/trend/trend-detailsicht/illegale-drogen/>

³ <https://datenportal.bundesdrogenbeauftragter.de/cannabis>

⁴ <https://www.zeit.de/news/2024-05/14/wie-viele-deutsche-haben-sich-cannabis-samen-gekauft>

Gleichzeitig steht eine stark wachsende, vielfältige und seriöse Cannabiswirtschaft in den Startlöchern und investiert bereits heute trotz vieler verbliebener rechtlichen Unsicherheiten. Weitere signifikante Investitionen sind bereits geplant und würden sich mit mehr Rechts- und Planungssicherheit weiter erhöhen. Es bedarf daher verlässlicher und klarer Regulierung, die mehr Investitionen fördert, den Druck auf den illegalen Markt erhöht und Konsument:innen Sicherheit bietet. Ein Zurück zur Verbotspolitik ist damit die schlechteste Variante, da sie weder zu einem Konsumrückgang, noch einem Rückgang der Kriminalität führt.

Der Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V. möchte gemeinsam mit einer neuen Bundesregierung an der Weiterentwicklung der Cannabisregulierung arbeiten. Angefangen mit der Stärkung der Resilienz heimischer Pharmalieferketten, über wettbewerbsfähige Bedingungen für die Landwirtschaft bis hin zu engmaschig kontrollierten Lieferketten für Konsumcannabis: Nur so wird eine staatliche Kontrolle ermöglicht und die innere Sicherheit effektiv gestärkt.

“Regulieren statt Verbieten” setzt auf eine zeitgemäße Wirtschaftspolitik, die ökonomische Potentiale fördert und gesellschaftlichen Realitäten Rechnung trägt.

Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf:

- 1. Organisierte Kriminalität bekämpfen, öffentliche Sicherheit steigern – kommerzielle Lieferketten für Konsumcannabis ermöglichen.**
- 2. Industriehanf liberalisieren, um wirtschaftliche und ökologische Potenziale zu heben.**
- 3. Gemeinsam eine zeitgemäße Regulierung für Telemedizin schaffen.**

1. Durchgreifen gegen organisierte Kriminalität durch starke Strukturen (Modellprojekte)

Der Kampf gegen den Schwarzmarkt ist vor allem ein Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Es sind nicht die Konsument:innen, sondern die kriminellen Organisationen, die durch den illegalen Handel eine Gefahr für den Rechtsstaat darstellen und die es daher zu bekämpfen gilt. Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass ein Verbot von Cannabis nicht zielführend war. Wie bereits beschrieben ist trotz aller Verbote die Nachfrage nach Cannabis kontinuierlich gestiegen. Daher sollte jede Konzentration darauf liegen, Cannabis vom Schwarzmarkt auf einen legalen und kontrollierten Markt zu verlagern.

Die Regulierung der Konsumcannabiswirtschaft bietet eine entscheidende Chance, die innere Sicherheit zu stärken und die organisierte Kriminalität aus dem Cannabismarkt zu drängen. Eine regulierte Liberalisierung mit einer staatlich kontrollierten, kommerziellen Lieferkette sorgt für klare Zuständigkeiten und entlastet die Ordnungsbehörden. Jedes legal produzierte und abgegebene Gramm Cannabis schwächt kriminelle Strukturen und stärkt die öffentliche Ordnung. Der aktuelle rechtliche Rahmen reicht hierfür noch nicht aus.

Die Erkenntnisse aus rechtlich klar definierten Modellprojekten können aufzeigen, wie eine effektive Regulierung aussehen könnte. Dazu gehören die unabhängige wissenschaftliche Begleitung, eine digital überwachte Lieferkette von Cannabis in hoher Qualität (mindestens GACP-Standard) und steuerliche Einnahmen, um Präventionsmaßnahmen zu finanzieren. Kommerzielle Modellprojekte ermöglichen es auch, datengestützte Modelle zu entwickeln, wie man zukünftig Sicherheit, Kontrolle und wirtschaftliches Wachstum vereinen kann.

⁵ <https://www.volkswagen-group.com/de/artikel/kunstleder-aus-industriehanf-innovatives-und-nachhaltiges-material-fuer-zukuenftige-fahrzeuginterieurs-18666>

2. Rechtssicherheit für die Landwirtschaft (Industriehanf)

Industriehanf ist ein seit Jahrzehnten vernachlässigter Rohstoff mit enormem Potenzial für die deutsche Wirtschaft. Nicht nur europäische Partner haben seit Jahren Wettbewerbsvorteile, sondern auch China und die USA. Deutschland lässt derzeit einen Wirtschaftszweig links liegen, welcher nachhaltige Potenziale u.a. für die Landwirtschaft, die Bauwirtschaft und im Bereich der Verbundwerkstoffe hat. So haben Autohersteller wie z.B. VW veröffentlicht, sich in Zukunft verstärkt mit Industriehanf beschäftigen zu wollen.⁵

Industriehanf bietet Landwirten neue Möglichkeiten in der Fruchtfolge, schafft nachwachsende Rohstoffe für Dämm- und Baumaterialien, bietet Alternativen zu fossilen Kunststoffen und ist als Proteinquelle für Mensch und Tier verwendbar. Zudem bindet Industriehanf CO₂ und kann ein wichtiger Faktor für das Erreichen der deutschen Klimaziele werden. Jahrhunderte lang war Hanf ein entscheidender Rohstoff für die wirtschaftliche Entwicklung – und hat mit der heutigen Technologie das Potenzial, dies auch in Zukunft wieder zu werden.

Mit dem Nutzhanf liberalisierungsgesetz (NLG) wollte die Bundesregierung die Grundlage schaffen, dass deutscher Industriehanf auch international wieder wettbewerbsfähig wird. Die Abschaffung der "Rauschklausel" ist dabei der entscheidende Faktor. Die Vorgabe, dass ein theoretischer Rausch auch mit Nutzhanf ausgeschlossen werden muss, ist nicht nur ein unnötiges Hemmnis für die Entfaltung der Nutzhanfwirtschaft. Diese Vorgabe ist auch realitätsfern, da der finanzielle und der Arbeitsaufwand aus Nutzhanf rauschfähiges Material zu gewinnen so hoch ist, dass hier eine Konkurrenz mit THC-haltigen Cannabis ausgeschlossen werden kann. Mit der Teilliberalisierung durch das Cannabisgesetz sind zudem Wege geschaffen worden, um niederschwellig an legales Cannabis zu gelangen.

Deutschland braucht sofort eine Neuregulierung von Industriehanf, um nicht auch in diesem Bereich international weiter abgehängt zu werden.

Zukunft von Telemedizin bei Medizinalcannabis

Cannabis als Medizin hat sich seit 2017 in Deutschland etabliert. Zehntausende Patient:innen haben bis heute davon profitiert und konnten einen großen Zugewinn in ihrer Lebensqualität verzeichnen. Viele Patient:innen profitieren dabei von der Möglichkeit, über Privatrezepte Zugang zu entsprechenden Präparaten zu erhalten. Gerade in den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, wie groß der Bedarf nach Medizinalcannabis in Deutschland ist.

Ausschlaggebend für die gestiegene Nachfrage sind vor allem zwei Faktoren. Einerseits steht hier ein geändertes Therapieverhalten vieler Patient:innen. Viele haben in der Vergangenheit ihre Symptome mit Cannabis aus illegalen Quellen therapiert oder nutzen erstmals Cannabis als Therapieform. Diese Patient:innen haben heute Zugang zu qualitätsgesicherten Produkten aus legalen Quellen. Weiterhin ermöglicht die Telemedizin heute unkomplizierte und vor allem zeit- und ortsunabhängige Möglichkeiten, ein Rezept zu erhalten. Dies ist gerade mit Blick auf den Fach- und Hausärztemangel sowie die Förderung des ländlichen Raumes von hoher Bedeutung. Monatelange Wartezeiten auf Facharzttermine verbunden mit langen Anreisen können durch kompetente Telemedizin kompensiert werden.

Gleichzeitig ist aber auch deutlich geworden, dass - nicht nur im Cannabisbereich - die rechtlichen Rahmenbedingungen für telemedizinische Angebote lückenhaft und zum Teil nicht mehr zeitgemäß sind. Für Ärzt:innen, Patient:innen, Wirtschaft und auch Telemedizinanbieter sind jedoch verlässliche, planungs- und rechtssichere regulatorische Rahmenbedingungen unerlässlich.

Daher braucht es dringend eine Überarbeitung der gesetzlichen Vorgaben, ohne jedoch telemedizinische Angebote prinzipiell zu verbieten. Statt eines Verbots müssen zudem bereits jetzt geltende gesetzliche Vorgaben durchgesetzt werden, insbesondere diejenigen des Heilmittelwerbegesetzes (HWG). Eine moderne Gesundheitsinfrastruktur braucht allerdings ohne jeden Zweifel entsprechende telemedizinische Angebote, um die Versorgung sicherzustellen und gleichzeitig Ärzt:innen zu entlasten.